

22.5.2009

PRESSEMITTEILUNG

60 Jahre Grundgesetz – kein Grund zum Feiern! Jugend noch immer ohne Grundrecht auf Ausbildung!

Das Aktionsbündnis aus Schülervertretungen und Gewerkschaften erinnert zum 60-sten Jahrestag des Grundgesetzes an die seit über einem Jahr dem Bundestag vorliegende Petition für ein Grundrecht auf Ausbildung. Mit 72.554 Unterschriften ist sie eine der größten Petitionen der vergangenen Jahre.

Eine qualifizierte Ausbildung ist für ein eigenverantwortliches Leben unverzichtbar und ermöglicht erst eine gesellschaftliche Teilhabe. Darüber hinaus ist die Berufsausbildung zukunftsweisend für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft. Doch seit 1995 fehlen jährlich mehrere hunderttausend Ausbildungsplätze. Im vergangenen Jahr befanden sich bereits 51,7% aller bei der Arbeitsagentur gemeldeten 620.000 Bewerberinnen und Bewerber, ein oder mehrere Jahre in einer „Warteschleife“ auf eine Lehrstelle. Inzwischen sind bundesweit 1,5 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Ausbildung.

Alle Appelle, Lehrstellenversprechen und Ausbildungspakte von Politik und Wirtschaft konnten und können den Skandal der Ausbildungsplatzkrise nicht beseitigen. Während der Staat Ausbildungsplätze mit Notprogrammen in Milliardenhöhe finanziert, ziehen sich die Unternehmen weiter aus ihrer Verantwortung zurück. Mit der aktuellen Rezession wird auch die Zahl der Ausbildungsplätze wieder sinken. Selbst der DIHK schätzt einen Rückgang von 5 bis 10%.

Auch der Verlauf der dritten Ausbildungsplatzkrise offenbart das Grundproblem der dualen Ausbildung in Deutschland: ihre Abhängigkeit vom Markt. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht in einem richtungsweisenden Urteil bereits 1980 einen Handlungsbedarf des Staates für den Fall festgestellt, dass die Arbeitgeber ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur Bereitstellung eines auswahlfähigen Angebotes an Ausbildungsplätzen nicht nachkommen.

„Die Jugend ist unsere Zukunft“, verkünden uns Politikerinnen und Politiker aller Parteien und erklären das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der (Aus-)Bildung. Bundeskanzlerin Merkel rief Deutschland gar zur „Bildungsrepublik“ aus. Diesen Worten müssen Taten folgen. Ein in der Verfassung verankerter Rechtsanspruch auf Ausbildung bedeutet einen fortwährenden Handlungsauftrag an den Staat, dauerhaft und unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung für alle Jugendlichen ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen sicherzustellen.

Die Petition für ein Grundrecht auf Ausbildung fordert auch die Glaubwürdigkeit der politischen Akteure ein. Die große Koalition kann mit ihrer 2/3 Mehrheit das Grundgesetz ändern und so die Ausbildungsplatzkrise nachhaltig beseitigen. Auch im Bundesrat ist dafür eine Mehrheit möglich. Nun gilt es Farbe zu bekennen.

Ein Grundrecht auf Ausbildung wäre ein Meilenstein in der sozialen Ausgestaltung der Bundesrepublik Deutschland. Es würde endlich allen Jugendlichen eine Zukunftsperspektive und die Wahrnehmung ihres Rechts auf die "freie Entfaltung der Persönlichkeit" eröffnen.

Sollte die Petition in dieser Legislaturperiode nicht mehr abschließend behandelt werden, so wird das Grundrecht auf Ausbildung eine herausragende Rolle bei der Bundestagswahl im Herbst 2009 spielen.

Informationen: www.ausbildung-fuer-alle.de Kampagnenbüro: info@grundrecht-auf-ausbildung.de

Die Petition für ein Grundrecht auf Ausbildung wurde initiiert von den Landesschülervertretungen der Bundesländer Bayern, (e.V.), Berlin (e.V.), Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein.

Sie wird unterstützt vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Jugend der Industriegewerkschaft Metall und Elternvertretungen.